

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 19.09.2019

Abänderungsanträge

Fachbeirat für Klimaschutz	Dipl. Museol. Christine Braunersreuther
Weihnachtsbeihilfe 2019	Elke Heinrichs

Fragen

Kosten für die Planung des Plabutsch-Gondel Projekts	Mag. ^a Sahar Mohsenzada
Kinderkrippen in Graz	Kurt Luttenberger
Sicherstellung einer räumlichen Nutzung für Beratungstätigkeiten und Workshops des Vereins Somm	Mag. ^a Uli Taberhofer
Volksbefragung zur Plabutschgondel	Manfred Eber
Bäume am Murufer	Dipl. Museol. Christine Braunersreuther

Anfragen

Begrünung von Wartehäuschen	Elke Heinrichs
Beleuchtung Nahverkehrsscheibe Hauptbahnhof	Christian Sikora

Anträge

Erweiterung des Top Tickets: „Top Ticket für alle“	Christian Sikora
Flächendeal am Plabutsch rückgängig machen!	Manfred Eber

Dringliche Anträge

Wiedereinrichtung einer Bahnmissionsmission als zusätzliches Hilfsangebot	Mag. ^a Uli Taberhofer
Maklerprovision	Manfred Eber



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 19. 9. 2019

Abänderungsantrag

Betrifft: **TOP 26: A 10/BD–085394/2019/0001, Präs. 086468/2019/0001**

**Fachbeirat für Klimaschutz – Grundsatzbeschluss für die Einrichtung einer
Koordinationsstelle für Klimaschutz mit begleitendem Fachbeirat für
Klimaschutz**

In Punkt 1 ist das Umweltamt als Stelle genannt, die in Zusammenarbeit mit städtischen Fachabteilungen den Aktionsplan zur Klimawandelanpassung 2018-2022 erstellt hat. Daher sollte die Koordinationsstelle zur Umsetzung dieses Planes ebenfalls beim Umweltamt angesiedelt sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

In Punkt 2 ist zu ändern:

„Die Auswahl und Bestellung der Mitglieder erfolgt von der Stadtbaudirektion in Abstimmung mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten.“

in:

„Die Auswahl und Bestellung der Mitglieder erfolgt durch das Umweltamt in Abstimmung mit dem/r zuständigen Stadtsenatsreferent_in.“

In Punkt 3. ist zu ändern:

„In der Stadtbaudirektion wird eine geschäftsführende Stelle (KGFS) für die Administration des Fachbeirates für Klimaschutz eingerichtet. Die Koordination und Organisation des Fachbeirates für Klimaschutz, die Verwaltung der Budgetmittel aus dem Klimaschutzfonds sowie die operative Kontrolle der Umsetzung der Projekte erfolgt über eine geschäftsführende Stelle, die innerhalb der Stadtbaudirektion eingerichtet wird.“

in:

„Im Umweltamt wird eine geschäftsführende Stelle (kGFS) für die Administration des Fachbeirates für Klimaschutz eingerichtet. Die Koordination und Organisation des Fachbeirates für Klimaschutz, die Verwaltung der Budgetmittel aus dem Klimaschutzfonds sowie die operative Kontrolle der Umsetzung der Projekte erfolgt über eine Geschäftsführende Stelle, die innerhalb des Umweltamtes eingerichtet wird.“

Der Antragstext ist daher entsprechend zu adaptieren bzw. zu ergänzen:

2. Als übergeordnete koordinierende Stelle zur Umsetzung nachhaltiger Klimaschutzprojekte wird im Umweltamt ein_e Klimaschutzbeauftragte_r bestellt.

3. Das Umweltamt wird beauftragt...

4. Das Umweltamt wird beauftragt...

5. Die geschäftsführende Stelle beim Umweltamt wird...

6. Das Umweltamt wird beauftragt...

7. Dem Fachbeirat gehören politische Vertreter_innen aller Fraktionen an.

8. Es ist darauf zu achten, dass dem Fachbeirat ausgewiesene Ökolog_innen und Klimaspezialist_innen angehören.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 19. September 2019

Abänderungsantrag

Betrifft:

TOP 3: A 5 – 005988/2018: Weihnachtsbeihilfe 2019

Bei der Einführung der SozialCard wurden vor allem die einfachere und unbürokratische Abwicklung sowie die Verringerung von Hürden für Betroffene von allen Fraktionen begrüßt.

Leider gibt es bei der jährlichen Weihnachtsaktion der Stadt Graz für SozialCardbezieherInnen seit vorigem Jahr wieder Rückschritte, die in vielen Fällen verhindert haben, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie tatsächlich gebraucht wird.

Vorgangsweise seit 2018

- 1. Die Beantragung muss extra und elektronisch innerhalb einer kurzen 2-Wochen-Frist erfolgen.**
- 2. Anstelle des Geldbetrages werden Sodexo-Gutscheine ausgegeben.**

Zu Punkt 1:

Technische Hürde und zeitlicher Druck

Gerade ältere Menschen oder Menschen mit geistigen Einschränkungen haben häufig gar keinen Computer und/oder Internetanschluss oder tun sich schwer, sich online zurechtzufinden. Dazu kommt: Wer die Frist versäumt, fällt um den zustehenden Bezug der Weihnachtsbeihilfe um. Computeraffinität darf unserer Ansicht nach keine unüberwindbare Hürde sein, die sozial schwache Haushalte davon abhält, eine Förderung zu beziehen.

Rückläufige Bezugszahlen 2018

Diese unnötigen Verkomplizierungen führten 2018 dazu, dass 30% der Haushalte, die im Besitz einer Sozialcard sind, diese Beihilfe gar nicht beantragt haben.

Im Vergleich zu 2017 erhielten letztes Jahr 1.882 weniger Haushalte diese Weihnachtsszuwendung.

Verwaltungsaufwand

Der neu entstandene Verwaltungsaufwand für die Onlinebeantragung betrug 37.100 €. Damit könnten 742 Haushalte mit je 50 € unterstützt werden.

Zu Punkt 2:

Wenig sensibel

Der Ersatz von Geldleistungen für die Weihnachtsbeihilfe durch Gutscheine ist eine wenig sensible Vorgehensweise, insbesondere, wenn unterstellt wird, dass Betroffene das Geld für subjektiv unnötige Dinge wie Alkohol, Tabak und Glücksspiel ausgeben könnten, obwohl es keine Belege dafür gibt, dass dies in der Vergangenheit tatsächlich passiert ist.

Stigmatisierung

Die Einführung von eigenen Sodexo-Gutscheinen ist für die Betroffenen eine weitere Hürde und verstärkt ihre Stigmatisierung in der Gesellschaft.

Eingeschränkte Einlösung

Ein Einkauf mit Sodexo Gutscheinen ist nicht überall möglich. Beim Kauf eines Christbaumes am Marktstand könnte dies mit Sodexo-Gutscheinen beispielsweise schwierig werden.

Verlust für Grazer Handel

Es sollte außerdem darauf verzichtet werden, den international börsennotierten Konzern Sodexo ausgiebig zu speisen, denn auch die Grazer Akzeptanzpartner zahlen drauf: 4,5% von jedem Gutscheinbetrag behält Sodexo ein!

Als KPÖ lehnen wir das Erfordernis der Onlinebeantragung sowohl auch die Auszahlung in Form von jeglichen Gutscheinen ab, da dies Sparen am falschen Fleck ist.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag

1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 583.000,- Euro für die Weihnachtsbeihilfe 2019. Die erforderlichen Mittel sind im SAP unter der BelegNr. 700025413 auf der oben genannten FiPos. reserviert.

2.) Die Weihnachtsbeihilfe für SozialCardinhaberInnen in Höhe von 50,- Euro pro Haushalt mit 1 bis 3 Personen - ab der 4. Person erhöht sich die Beihilfe um € 10,- pro Person - erfolgt wieder, wie vor 2018 gehandhabt, über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 17. September 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. September 2019

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Kosten für die Planung des Plabutsch-Gondel Projekts

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

etwas überrascht waren wir alle, als bei der Pressekonferenz zum Thema »Klimafond« am 4. September verkündet wurde, dass das Prestigeprojekt »Plabutschgondel« nun doch nicht mehr in dieser Gemeinderatsperiode umgesetzt werden soll und stattdessen der Klimaschutz in den Fokus gerückt wird. Was durchaus erfreulich ist, aber bei genauer Betrachtung ergeben sich einige Unklarheiten. Denn Bürgermeister Nagl wird mit den Worten zitiert: „Wir werden das Verfahren Plabutschgondel noch zu Ende führen“. Also laufen die Planungen offensichtlich weiter. Abgesehen davon, dass uns diese Lösung halbherzig erscheint und wir einen sofortigen Planungs- und Umsetzungsstopp fordern, solange keine Volksbefragung zu diesem Thema stattgefunden hat, würde uns interessieren, wieviel in das Projekt »Plabutschgondel« seitens der Stadt Graz einerseits, aber auch seitens ihrer Beteiligungen (insbesondere Holding und Tochtergesellschaften), schon bisher investiert wurde.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Wieviel Euro wurden bis zum heutigen Tag in das Plabutschgondelprojekt investiert bzw. ist in dieser Gemeinderatsperiode noch mit weiteren Kosten zu rechnen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 17. September 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. September 2019

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Kinderkrippen in Graz**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

letzte Woche startete für viele junge Grazerinnen und Grazer zum ersten Mal ein neues Lebenskapitel: der Besuch der Kinderkrippe. Für viele andere Kinder ist dies jedoch nicht möglich. Die zu geringe Anzahl von Krippenplätzen führt leider dazu, dass bei weitem nicht für alle Kinder ein Platz gefunden werden konnte, die sich bis 8. März dieses Jahres angemeldet haben. Eltern, die eine Absage für ihr Kind erhalten haben, stellt dies vor große, oft sogar vor existentielle Probleme: Wie kann ich Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren? Kann ich überhaupt meinen Job nach der Karenzzeit antreten? Reicht das Geld, wenn ein Elternteil zugunsten der Kinderbetreuung auf die Arbeit verzichtet?

Da Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die Frage von Gemeinderat Sikora vom März dieses Jahres noch nicht beantwortet haben, stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklub folgende

Frage

Wie stellt sich die aktuelle Situation rund um die Kinderkrippenplätze in Graz dar (- Anzahl der Anmeldungen mit Stichtag 08. März 2019, nach Wohnbezirken aufgeteilt; - Anzahl der angemeldeten Kinder, die bis 09. September 2019 keinen Krippenplatz erhalten haben, nach Wohnbezirken aufgeteilt; - Anzahl der gesamten sowie freien Kinderkrippenplätze mit Stichtag 09. September 2019, nach Bezirken aufgeteilt)?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Dienstag, 17. September 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 19. September 2019

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Sicherstellung einer räumlichen Nutzung für Beratungstätigkeiten und Workshops des Vereins Somm

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Am 16. Juli musste der Verein Somm (=Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen) innerhalb von drei Stunden die Räumlichkeiten im Vinzenz-Muchitsch-Haus verlassen, in dem sie in den letzten drei Jahren Beratungstätigkeiten und verschiedene Workshops zu den Themen Integration, Bildung und Gesundheit für muslimische Frauen durchgeführt haben. Begründet wurde diese übereilte Vorgangsweise damit, dass der Verein Somm die „Grundwerte der Stadt Graz“ verletzen würde. Ein klärendes Gespräch mit den Verantwortlichen des Vereins Somm wurde im Vorfeld der Räumung gar nicht geführt. Die verschiedenen Projekte und Aktivitäten des Vereins sind jedoch als wichtiger Beitrag zur Unterstützung von Gleichberechtigung, Partizipation und Integration im Interesse des guten Zusammenlebens aller Religionen und Kulturen in unserer Stadt zu sehen und sollen auch weiterhin mit Hilfe der Stadt Graz im Interesse der Frauen umgesetzt werden können.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind Sie bereit, weiterhin eine räumliche Nutzung für die wichtigen Aktivitäten des Vereins Somm im Interesse muslimischer Frauen und des guten Zusammenlebens aller Religionen und Kulturen in unserer Stadt zu ermöglichen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 17. September 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. September 2019

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Volksbefragung zur Plabutschgondel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Gemeinsam mit Vizebürgermeister Mario Eustacchio haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, am 4. September den - vorübergehenden - Stopp der Plabutschgondel verkündet. Mit dem Geld, das für die Plabutschgondel reserviert war, soll ein Klimafonds der Stadt Graz gespeist werden.

Gleichzeitig haben Sie mitgeteilt, dass zwar die vorbereitenden Arbeiten und Planungen bis hin zur UVP weitergehen sollen, damit in der nächsten Periode eine entsprechende Umsetzung erfolgen kann. Eine von Ihnen in Aussicht gestellte Volksbefragung im 1. Quartal 2020 wurde aber abgesagt.

Daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage richten:

Frage

Wann wird aus heutiger Sicht eine Volksbefragung nach dem steiermärkischen Volksrechtegesetz zur Plabutsch-Gondel abgehalten werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Dienstag, 17. September 2019

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 19. September 2019

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Bäume am Murufer**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für Murkraftwerk und Speicherkanal wurden bisher bereits ca. 16.000 Uferbäume gefällt. Obwohl von Anfang an bekannt war, dass die Stauwurzel des Kraftwerks bis auf Höhe der Murinsel zurückreicht, wurde jedoch ausschließlich südlich der Bertha-von-Suttner-Brücke der Uferbereich gerodet. Wie bei den derzeitigen Probestauungen gut zu sehen ist, stehen im Bereich nördlich davon bis zur Hauptbrücke beidseitig der Mur die Uferbäume nun im Wasser. Diese ‚nassen Füße‘ führen dazu, dass betroffene Bäume – mit Ausnahme von Weiden – über kurz oder lang krank werden und absterben.

Frage

In welchem Ausmaß und bis wann haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Rolle als Verantwortlicher für Grünraum in unserer Stadt, geplant, diesen neuerlichen Verlust von Bäumen zu kompensieren?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 19. September 2019

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Begrünung von Wartehäuschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch in dieser Woche hat die Kleine Zeitung wiederum von 1500 geplanten Baumpflanzungen für Graz berichtet.

„Begrünungsoffensiven“ dieser Art für die absolut notwendig gewordenen Investitionen im Klimabereich gehören zu den besonders erfreulichen Nachrichten. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Begrünung von Haltestellenhäuschen in Graz anregen.

Der APA-Meldung mit dem Titel „Blätterdach für die Bim-Haltestelle: Wien begrünt Wartehäuschen“, vom 19. August 2019 zufolge testet Wien (Stadtwerke sowie Werbeunternehmen Gewista) an fünf Standorten die Begrünung von Wartehäuschen durch Kletterpflanzen aus Erdbehältern.

Diese müssen sicherlich gewissermaßen gewartet werden, andererseits wächst wilder Wein bekanntlich recht rasch an und klettert. Ein gelungener Bewuchs in Graz würde sicherlich durch die herbstliche Einfärbung für ein sehr angenehmes Straßen- bzw. Platzbild sorgen. Infolge der Begrünung von Haltestationen würde darüber hinaus auch das Reinigen der transparenten Glas- bzw. Kunststoffflächen letztlich wegfallen.

Schließlich noch ein nicht zu vernachlässigender Aspekt:

Am Rande der letzten Behindertenbeiratssitzung (11. 9. 2019) hat Frau Dr. Jutta Manninger auf ein Problem hingewiesen, nämlich, dass blinde und sehbehinderte Menschen bei den derzeit gestalteten Wartehäuschen sich immer wieder stoßen.

Die transparenten Glasscheiben können nämlich nicht ohne weiteres wahrgenommen werden, daher wurden sie auch provisorisch mit gelben Klebestreifen zur Warnung versehen. - Eine erfolgte Begrünung würde die Haltestelle auf jeden Fall deutlicher wahrnehmbar machen.

Eine Haltestellenbegrünung wäre vor allen Dingen für den Verkehrsknotenpunkt Jakominiplatz, wo sich in heißen Sommern eine ausgeprägte Hitzeinsel bildet, ganz besonders wichtig!

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, in das Konzept zur Verbesserung des Stadtklimas die Begrünung von Wartehäuschen nach dem im Motivenbericht beschriebenen Wiener Vorbild aufzunehmen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 19. September 2019

Anfrage **an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: Beleuchtung Nahverkehrsscheibe Hauptbahnhof

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Seit der Eröffnung der Nahverkehrsschreibe am Hauptbahnhof sind aber durch die elektrische Beleuchtung untertags trotz der vorhandenen Lichtschächte bis heute über 1.000.000 kWh Strom bzw. über 100.000 Euro regelrecht verschwendet worden.

Bereits Ende 2018 stellte ich im Grazer Gemeinderat den Antrag, bei der 2011 neugestalteten unterirdisch angelegten Haltestelle eine zeitgemäße und vor allem kostensparende Beleuchtung zu installieren. Mit einer an die Helligkeit angepassten und auch dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Beleuchtung könnte hier die Stadt Graz ihrem Ruf als Ökostadt gerecht werden und nebenbei ein sehr wichtiges Nachhaltigkeitsprojekt umsetzen.

Bei der Beantwortung meines Antrages wurde versprochen, dem Anliegen der technischen Adaptierung bereits im Frühjahr 2019 gerecht zu werden. Bezüglich der Umrüstung der Leuchtkörper auf LEDs verwies man auf mangelnde finanzielle Mittel.

Bis heute ist bei der unterirdischen Beleuchtung der Nahverkehrsdrehscheibe aber leider noch keine Veränderung zu erkennen.

Die Stadt Graz will ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und sich jetzt noch stärker ihrer Verantwortung stellen. Dafür wurde ja auch der Klimaschutzfonds gegründet und mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Diese Initiative Ihrerseits gibt Hoffnung, dass auch das genannte Anliegen schon sehr bald positiv erledigt wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Bis wann wird an der unterirdischen Nahverkehrsscheibe eine zeitgerechte, kostengünstige Beleuchtungsvariante, so wie für Anfang 2019 versprochen, umgesetzt?





KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 19. September 2019

Antrag

Betrifft: Erweiterung des Top Tickets: „Top Ticket für alle“

Das Erreichen der Klimaschutzziele hat höchste Priorität, insbesondere auch in der Stadt Graz. „Die Stadt Graz will ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und sich damit ganz klar ihrer Verantwortung stellen“, heißt es in der jüngsten Ausgabe der Grazer Zeitschrift „BIG“ anlässlich der Einrichtung eines eigens zu diesem Zweck gegründeten Klimaschutzfonds.

Eine wesentliche Rolle auf dem Weg zu mehr Umwelt- und Klimaschutz spielt der öffentliche Verkehr. Seit August dieses Jahres können Studierende das neue „Top-Ticket“ erwerben. Mit dieser Halbjahreskarte um € 150,00 können sie alle öffentlichen Verkehrsmittel in der ganzen Steiermark uneingeschränkt nutzen - von Anfang September bis Ende Februar sowie von Anfang März bis Ende August.

Dieses Ticket sollte nun eine Erweiterung erfahren. Mit dem Nachhaltigkeitsprojekt „Top Ticket für alle“, das für alle Steirerinnen und Steirer angeboten werden sollte, könnten wir dem Erreichen der Klimaschutzziele für unsere Stadt ein Stückchen näherkommen. Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf die Öffis. Und schließlich würde es in Graz einen erheblichen Beitrag zur Reduktion des Feinstaubes leisten.

Ich stelle daher namens des KPÖ Graz Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden höflichst ersucht, mit einer Petition an das Land Steiermark heranzutreten, damit so rasch wie möglich ein „Top Ticket für alle“ ausgearbeitet und budgetiert wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 19. September 2019

Antrag

Betrifft: Flächendeal am Plabutsch rückgängig machen!

Der Plan, eine Gondel auf den Plabutsch zu realisieren, wurde vorerst ad acta gelegt. Im März dieses Jahres wurde im Gemeinderat der Verzicht auf Vor- und Wiederkaufsrechte von Waldflächen, welche sich im Besitz der GBG befinden, beschlossen. Dadurch konnte die GBG mit Dr. Marko Waldflächen am Plabutsch tauschen. Die Grundstücke 923/1, 923/2, 930/2, 932, 933, 934/1, 935, 936, 937, 938 der KG Gösting und das Grundstück 26 der KG Algersdorf wurden somit Herrn Dr. Marko überlassen.

Vor dem Hintergrund der nunmehr verstärkten Fokussierung auf den Klima- und Umweltschutz, soll überprüft werden, ob der umstrittene Flächendeal rückabgewickelt werden kann, insbesondere, ob die vorhin genannten Flächen zur Gänze wieder in den Besitz der GBG oder der Stadt Graz zugeführt werden können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht zu überprüfen, ob der Flächentausch am Plabutsch zwischen der GBG und Dr. Helmut Marko rückgängig gemacht werden kann, insbesondere, ob die im Motivenbericht genannten Grundstücke zur Gänze wieder in den Besitz der GBG oder der Stadt Graz zurückgeführt werden können.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Graz, am 19. September 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Wiedereinrichtung einer Bahnhofsmision als zusätzliches Hilfsangebot

In den letzten Jahren haben wir als KPÖ bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass sich die Schließung der Bahnhofsmision am Grazer Hauptbahnhof in den 90er Jahren als schwerer Fehler erwiesen hat. So ist aktuell wieder vielfach zu hören, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen und die Atmosphäre am Grazer Hauptbahnhof verbessert werden sollen. Aber aus unserer Sicht können Probleme vor Ort nicht durch Verbote gelöst werden, sondern es zeigt sich verstärkt, dass der Bedarf nach einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle für viele Menschen, die z.B. obdachlos sind oder auch ein Suchtverhalten aufweisen, sehr groß ist.

Um das Sicherheitsgefühl und die Atmosphäre am Bahnhof zu verbessern, kommt man nicht umhin, die besondere soziale Verantwortung für die schwächsten Menschen unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Eine Bahnhofsmision wäre ein niederschwelliges Hilfsangebot für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen, für dessen Nutzung keine bestimmten persönlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Egal, woher jemand kommt, es gilt z.B., für Wohnungslose und Obdachlose Übernachtungs- oder Unterbringungsmöglichkeiten sicherzustellen, Menschen, die mittellos sind, an die zuständigen Ämter der Stadt Graz zu verweisen oder Personen mit Suchtverhalten entsprechende Hilfestellungen zu bieten. Manchmal ist vielleicht auch nur eine kleine Hilfe in Form einer kompetenten Ansprechperson eine wichtige Unterstützung. Darüber hinaus muss eine Bahnhofsmision einen kostenlosen Ruheraum bzw. auch Toilettenanlagen gewährleisten. Als ein möglicher Ort für so eine Einrichtung bietet sich die Bahnhofspassage an.

Wichtig ist es, vor allem auch als Menschenrechtsstadt Graz, in verschiedenen Bereichen soziale Verantwortung zu übernehmen, um den Menschen in unserer Gesellschaft, die ausgegrenzt sind, entsprechende Unterstützung zu bieten.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die für Sicherheit und Soziales zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner, werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen zu prüfen, ob das im Motivenbericht beschriebene Angebot, das seinerzeit von der Bahnhofsmission abgedeckt wurde, in einer ähnlichen Einrichtung in irgendeiner Form wieder installiert werden kann. Dabei soll auch die Kooperation mit GEMEINSAM.SICHER in Graz angestrebt werden, um die Möglichkeiten im Rahmen von Community Policing auszuloten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 19. September 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Maklerprovision

Seit Jahren sind die Wohnungsmieten Spitzenreiter in der österreichischen Teuerungsstatistik. Aber auch die Wohnungseinstiegskosten werden für immer mehr Menschen zu einem Problem.

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Maklerprovision. Da sich die Provision für die Makler nach der Höhe der Miete berechnet, haben sie großes Interesse an möglichst hohen Mieten.

Seit Juni 2015 gilt beispielweise bei unseren deutschen Nachbarn das Bestellerprinzip. Derjenige der den Makler beauftragt, soll ihn auch zahlen. Meistens ist das der Vermieter. Auch in anderen europäischen Ländern gelten ähnliche Regelungen (Großbritannien, Schweiz, Irland, Belgien...)

Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair (wenn der Vermieter den Makler beauftragt hat), sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Nunmehr zeichnet sich - durch die Aussagen von Sebastian Kurz und der ÖVP - eine deutliche Mehrheit im Nationalrat für diese Forderung (Keine Maklerprovision für Mieter) ab. Deshalb sollte diese Maßnahme noch vor der Neuwahl des Nationalrats beschlossen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber zu beschließen, dass die Maklerprovision von jenem zu bezahlen ist, der den Makler beauftragt.